

Edeka-Werbung gegen AfD: Millionen vom Staat aufgedeckt!

Edeka erhielt Millionenförderung vom Wirtschaftsministerium, wirbt gegen AfD. Kritiker vermuten politischen Zusammenhang.



Eine kontrovers diskutierte Werbekampagne von Edeka hat in jüngster Zeit für erheblichen Gesprächsstoff gesorgt. Die Supermarktkette hat mehrere Millionen Euro an Fördermitteln aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck erhalten. Dies hat zu Spekulationen geführt, dass ein Zusammenhang zwischen diesen Zuwendungen und der politischen Ausrichtung der Kampagne besteht.

Seit 2019 hat Edeka mindestens 8,7 Millionen Euro an Fördermitteln erhalten. Diese Summe stammt größtenteils aus Programmen zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie aus der „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ und der „Bundesförderung für effiziente Gebäude“. Zum Beispiel hat die

„Edeka Südwest Stiftung & Co. KG“ über zwei Millionen Euro für energieeffiziente Bauprojekte erhalten. Ein Teil der Mittel wurde auch für Elektrodienstfahrzeuge verwendet, die vom Programm der sogenannten „Umweltprämie“ profitieren.

Debatte um Werbekampagne

Die Diskussion wurde hauptsächlich durch eine Edeka-Werbekampagne ausgelöst, die sich klar gegen die AfD positioniert. Vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen veröffentlichte der Konzern Anzeigen in renommierten Zeitungen wie der Zeit und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Diese Anzeigen enthielten Slogans wie „Nicht nur bei Obst und Gemüse ist Blau der natürliche Feind gesunder Vielfalt“ und endeten mit einem Aufruf zur Wahl einer „vielfältigen Gesellschaft“.

Diese Werbekampagne hat zu scharfer Kritik seitens der AfD geführt. Enrico Komning, Bundestagsabgeordneter der AfD, sieht einen direkten Zusammenhang zwischen den staatlichen Förderungen und den politischen Anzeigen von Edeka. Gegenüber der „Jungen Freiheit“ erklärte Komning: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing, war schon immer ein probates Mittel totalitärer Systeme.“ Laut Komning gehe es der Bundesregierung nicht um den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, sondern um die politische Gleichschaltung systemrelevanter Konzerne. Kleinere Unternehmen würden hingegen benachteiligt und zur Abwanderung oder Schließung gezwungen.

Kritik der AfD

Komning bezeichnete die Edeka-Kampagne als „einmaligen Vorgang“ und kritisierte den Konzern dafür, seine Marktmacht für ein „links-grünes Narrativ“ einzusetzen. Er forderte, dass Edeka sich auf seine wirtschaftlichen Aufgaben konzentrieren solle, anstatt Politik zu betreiben.

Die Frage, ob es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen den staatlichen Fördermitteln und der politischen Haltung von Edeka gibt, bleibt jedoch ungeklärt. Ein Sprecher von Edeka hat sich bislang nicht zu den Vorwürfen geäußert. Die Diskussion über den Einfluss großer Unternehmen auf die politische Landschaft könnte dennoch weiter an Dynamik gewinnen.

Für weitere Informationen, **siehe die aktuelle Berichterstattung auf www.freilich-magazin.com.**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de